

## **Joachim Bischoff**

### **Rede zum Roten 1. Mai in Siegen 1999**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Freunde

Schon häufig in der Geschichte des 1. Mai wurden die Sorgen und Anliegen der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung von Krieg und nationalistischem Triumphgeschrei überlagert. Gerade in Deutschland, wo nach wie vor eine starke Tendenz besteht, alle außerparlamentarischen Massenaktionen klein zu halten und den Schwerpunkt des politischen Lebens auf die Parlamente zu begrenzen, gilt es an den Charakter der Mai-Feier zu erinnern. Mit den Worten von Rosa Luxemburg: "Im Mittelpunkt des politischen Lebens und des Klassenkampfes steht der Militarismus und der Kampf um den Weltfrieden. Die ganze innere und auswärtige Politik wird immer mehr beherrscht vom Imperialismus, gegen den die internationale Solidarität des Proletariats immer mehr zur aktuellen, praktischen Macht ausgestaltet werden muss. Die Maifeier ist eine Kundgebung gleichermaßen für den Acht-Stunden- Tag und für den Weltfrieden. Die Maifeier ist bis jetzt die einzige regelmäßige internationale Aktion des Proletariats."

Wir demonstrieren am Ende des 20. Jahrhunderts nicht mehr für die Einführung des Acht-Stunden-Tags. Es geht heute um die Verteidigung und Verallgemeinerung der 35-Stunden-Woche, zugleich wollen wir, dass die Einführung der 30-Stunden-Woche und eine Begrenzung der Lebensarbeitszeit auf 55 Jahre angepackt werden.

In anderer Hinsicht jedoch ist Rosa Luxemburgs Charakterisierung der Maifeier hoch aktuell: In diesem Jahr demonstrieren wir wieder gegen einen Krieg. Nach dem Zusammenbruch der bi-polaren Weltordnung haben sich die Hoffnungen auf eine ruhigere Gesellschaftsentwicklung, die Durchsetzung von mehr sozialer Gerechtigkeit gegenüber dem Kapital und eine Ära friedlicher Konfliktlösungen als Illusionen erwiesen.

Zum ersten Mal in ihrer Geschichte führt die Bundesrepublik Deutschland im NATO-Militärbündnis Krieg gegen ein anderes Land. Zum ersten Mal bombardieren NATO-Streitkräfte einen souveränen Staat, der selbst kein anderes Land angegriffen hat. Humanitäre Katastrophe hin oder her: das ist und bleibt ein Angriffskrieg, der nicht nur gegen die Regeln des Völkerrechtes verstößt, sondern auch eine eklatante Verletzung von Artikel 26 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland darstellt, der bereits die Vorbereitung eines Angriffskrieges unter Strafe stellt.

Die historische Zäsur besteht darin, dass dieser Krieg von der westeuropäischen Sozialdemokratie und Regierungen der linken Mitte ausgerufen und organisiert wird. Die westeuropäische Sozialdemokratie ist diesmal nicht - wie 1914 - einer Ideologie der nationalen Selbstverteidigung erlegen, sondern sie ist aktive Kriegspartei.

NATO-Generalsekretär Solana, lang gedientes Führungsmitglied der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei, fungiert als Stratege und Chefideologe. Seine Rechtfertigung der NATO-Aggression lautet "Wir müssen ein autoritäres Regime daran hindern, weiterhin sein Volk in Europa zu unterdrücken. Es ist wesentlich, dass

sich unsere Werte im Kosovo durchsetzen. Ethnische Säuberungen sind ein Verbrechen, das wir korrigieren müssen."

Kein Zweifel: Menschenrechtsverletzungen und ethnische Säuberungen können nicht akzeptiert werden. Auch die meisten Kritiker des NATO-Krieges fordern die kompromisslose Beendigung der Menschenrechtsverletzungen. Aber das, was die NATO jetzt unter führender Beteiligung der deutschen Sozialdemokratie weggebombt hat, verschlechtert oder verunmöglicht gar jedwedes multi-ethnisches Zusammenleben. Der Krieg destabilisiert die Nachbarstaaten und droht andere ethnische Konfliktherde in Bürgerkriege zu verwandeln. Schon heute wissen wir, dass für langfristige Flüchtlingshilfe und einen Wiederaufbau plan für den Süd-Balkan nur ein Bruchteil der Finanzmittel bereit stehen wird, die bis jetzt für den Krieg verpulvert wurden.

Die NATO ist ein Militärpakt, kein verlängerter Arm von Amnesty International oder dem Internationalen Gerichtshof. Die NATO geht nur dann gegen Menschenrechtsverletzungen und autoritäre Regime vor, wenn es in ihr strategisches Kalkül passt. Interveniert wird dann und überall dort, wo Stabilität und Sicherheit der kapitalistischen Hauptländer gefährdet scheinen. Die neue NATO ist kein defensives Verteidigungsbündnis sondern eine Interventionsstreitmacht - weltweit: gegen Terrorismus, ethnische Bürgerkriege, Drogenhandel, Schmuggel von spaltbaren Material oder unkontrollierter Verkauf von Massenvernichtungswaffen.

Das Kosovo ist das Schlachtfeld, auf dem die NATO ihre neue Weltordnung gegenüber multi-ethnischen Konfliktherden durchsetzen will. Mit der Selbstmandatierung für einen Kriegseinsatz auf dem Balkan haben die USA, aber auch die westeuropäischen Staaten ihre Geringschätzung des internationalen Völkerrechts und der internationalen Organisationen klar zum Ausdruck gebracht. Das wird Folgen haben.

Aber nicht nur auf dem Terrain der internationalen Politik stellt der Angriffskrieg der NATO eine historische Zäsur dar. Auch innenpolitisch haben wir es mit einer neuen Situation zu tun. Es ist eine Mitte-links-Regierung, die zum Krieg als Mittel zur Fortsetzung einer verfehlten Politik gegriffen hat. Rot-Grün hat mit der langen Tradition des Kampfes für internationales Recht und friedliche Konfliktlösungen gebrochen.

- Welchen Wert haben eigentlich noch Parteitagsbeschlüsse für diese Regierung?

- Der Streit um programmatische Positionen - macht das überhaupt noch Sinn?

- Innerparteiliche Demokratie - wo gibt es die noch?

Vor allem die Grünen, bei denen Minderheitenschutz und Respektierung von Basis-Voten sozusagen "Gründungskonsens" war, haben mit der zunehmenden Nichtachtung ihrer eigenen Beschlüsse einen Weg eingeschlagen, dessen Ende noch gar nicht abzusehen ist. Ausführlich war vor den Bundestagswahlen über Blauhelmeinsätze, friedenssichernde Aktionen und den Strategiewechsel der neuen

NATO gestritten worden. Die Bundesdelegiertenkonferenz in Madeburg hatte der grünen Bundestagsfraktion auf den Weg geben: "Militärische Friedenserzwingung und Kampfeinsätze lehnen wir ab." Und in der Koalitionsvereinbarung vom Oktober 98 steht: "Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik ... Die neue Bundesregierung ... wird sich mit aller Kraft um die Entwicklung und Anwendung von wirksamen Strategien und Instrumenten der Konfliktprävention und der friedlichen Konfliktregelung bemühen."

Es ist eine Mitte-Links-Regierung, die unter Bruch aller programmatischer Festlegungen, das Militär zur Beendigung eines ethnischen Bürgerkrieges einsetzt.

Diese Regierung wurde von vielen Gewerkschaftern und linken vor wenigen Monaten gewählt und sollte einen politischen Richtungswechsel in Deutschland und Europa einleiten. Und gerade diejenigen, die sie gewählt haben, haben das Recht, sich hier und heute gegen den Wortbruch zu wenden:

- Wir fordern die sofortige Einstellung der Bombardierung.
- Wir fordern die Aufnahme von Friedens-Verhandlungen aller Konfliktparteien auf den Balkan unter der Schirmherrschaft der UNO.
- Wir fordern die Entwicklung eines die ganze Region einbeziehenden ökonomisch-sozialen Aufbauplans als Grundlage auch für die Lösung der gewaltigen Flüchtlingsnöte.

Aber auch auf dem Terrain der Wirtschafts- und Sozialpolitik droht der Wortbruch der Regierung der linken Mitte: Billigjobs werden gefördert und vom Abbau der Arbeitslosigkeit ist keine Rede mehr. Die längerfristigen Aussichten bleiben düster: Das Prognos-Institut erwartet in seiner Langfrist-Prognose, dass die Arbeitslosigkeit in den nächsten zwei Legislaturperiode auf dem Niveau von 4 Millionen bleiben wird.

Anders als in Frankreich hat es keine Aufstockung der Leistungen für die Sozialhilfe oder des Wohngeldes gegeben. Stattdessen erleben wir einen rot-grünen Wettbewerb für die Senkung der Unternehmenssteuern und den besten Zeitpunkt für eine weitere Erhöhung der Verbrauchssteuern. Macht sie so weiter, wird die Regierung Schröder-Fischer-Eichel bald an dem Punkt angelangt sein, an dem die alte Regierung die Rote Karte gezeigt bekam: Sparen bei den Ärmsten und den Masseneinkommen.

Wenn wir den Widerstand von Seiten der Gewerkschaften und den sozialen Bewegungen nicht intensivieren, wird uns die rot-grüne Regierung bald die offizielle Einführung eines Niedriglohnbereiches bescheren. Immer mehr Menschen sollen gezwungen werden, an der Grenze des Existenzminimums zu arbeiten. Als Legalisierung von geringfügigen Beschäftigung und als Ausweitung von Billigjobs hatten wir uns den Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit nicht vorgestellt.

Aufgabe der Politik kann es nicht sein, den Unternehmern billige, heruntersubventionierte Arbeitskräfte zuzuführen, zur Not auch mit Arbeitszwang. Aufgabe der Politik wäre es dagegen, gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeiten zu

fördern, den Ausbau von Gesundheitsversorgung, Bildung, Kultur und Städtebau voranzubringen.

Die "neue Sozialdemokratie" und die Grünen wollten und wollen vielleicht noch immer die Fortführung der Politik der Entsolidarisierung und der gesellschaftlichen Ausgrenzung beenden. Sie wollten und wollen vielleicht noch immer soziale Zerstörung und Polarisierung vermeiden. De Facto jedoch betreibt sie eine, Politik, die bei den ökonomischen und verteilungspolitischen Prämissen des Neoliberalismus stehen bleibt.

Bekämpfung der wachsenden sozialen Spaltung der Gesellschaft heißt:

- progressive Besteuerung der Besitz- und Vermögenseinkommen, Schluss mit dem Skandal, dass die Profiteure des Casino- Kapitalismus sich öffentlich rühmen können, keine müde Mark für die Gesellschaft abdrücken zu müssen;
- Auflage eines öffentlichen Investitions- und Arbeitsmarktprogramms zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit; diese Gesellschaft hat jede Menge Arbeit nötig, um auch nur die größten Mängel zu beseitigen;
- wir brauchen dringlich weitere Arbeitszeitverkürzung in Richtung auf die 30- oder 32-Stundenwoche.

Es bleibt also bei der bekannten Substanz des Mai-Gedanken. Allein entschlossene Massenaktionen als Kundgebung der Internationalen Solidarität und als Kampfmittel für den Frieden und soziale Gerechtigkeit können uns in der Auseinandersetzung zwischen der Welt der Arbeit und der des Kapitals weiterbringen.